Mein NEWSLETTER

Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisabgeordneter für MSP & MIL
Betreuungsabgeordneter für WÜ & AB

Juli 2019

Liebe Leserinnen und Leser,

seit der Europawahl sind jetzt vier Wochen vergangen. Der Schock über das Ergebnis für die SPD hat sich noch nicht gelegt, die Zeit fürs Wundenlecken ist aber vorbei. Ich will nach vorne sehen und für meine Partei streiten, werben und kämpfen.

Schon nach der letzten Bundestagswahl war klar, dass es ein „Weiter so“ nicht geben kann. Jetzt wird diese Forderung wieder erhoben – als wäre in der Zwischenzeit nichts passiert. Mehr geht immer, dennoch täuscht dieser Eindruck. Die SPD hat nach intensiver parteiinterner Debatte inhaltliche Neuausrichtungen und thematische Zuspitzungen unternommen – vor allem im Bereich des sozialdemokratischen Kernthemas Sozialpolitik. Mindestlohn, Neuausrichtung Hartz 4, Grundrente sind nur einige Beispiele, Mieterschutz und Wohnungspolitik andere. Und was die Umweltpolitik betrifft: Die SPD hatte den Natur- und Artenschutz schon auf ihrer Agenda, als es die Grünen noch gar nicht gab. Es war ein Fehler, sich dann von ihnen dieses Thema abnehmen zu lassen. Umweltpolitik ist Sozialpolitik! Von Atomausstieg bis Kohleausstieg war es die SPD, die – mal mit den Grünen und mal mit der Union – die entscheidenden Weichen gestellt hat.

Es gibt aber auch Themen, denen wir in der Vergangenheit ausgewichen sind - Flüchtlingspolitik, ob Begrenzungen notwendig sind und wie diese mit dem Anspruch auf Weltoffenheit zu vereinbaren wären zum Beispiel. Hier gehen die Meinungen auch innerhalb der Partei weit auseinander. Es hilft aber nicht, eine klare Haltung zu vermeiden, um niemanden zu verprellen. Dann wird die SPD immer mehr zum Fähnchen im Wind und keiner kann sich mehr in ihr wiederfinden.

Wir müssen uns wohl alle fragen, ob wir bereit sind, uns genauer mit Inhalten auseinander zu setzen. In meinen vielen Gesprächen erlebe ich oft, dass Details oder Hintergründe bei Entscheidungen nicht bekannt sind. Meine Gesprächspartner reagieren dann häufig überrascht, wenn ich erkläre und sich Entscheidungen ganz anders darstellen. Ich stehe in der Pflicht, zu informieren - das tue ich, in Sprechstunden, per E-Mail auf unzählige Bürgeranfragen und gerne auch im direkten Gespräch auf der Straße. Wo das in den vergangenen Tagen unter anderem möglich war, lesen Sie in meinem Newsletter.

Einen schönen Sommer wünscht

Bernd Rützel

INHALT

- 2 **Klartext: Aus die Maut!**
- 3 **Aktuelles aus Berlin**
- 5 **Unterwegs in Unterfranken und Berlin**
- 11 **Fabians Post aus den USA**
- 12 **Gastbeiträge unserer MdLs**

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemeinden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB
Obertorstr. 13, 97737 Gemünden

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

KLR TXT

AUS DIE MAUT!

Letzte Woche hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass die PKW-Maut à la CSU nicht mit EU-Recht vereinbar ist. Das

Prestigeprojekt der CSU ist damit endgültig tot. Die Bedingungen der SPD für die Einführung der Pkw-Maut sind nicht mehr gegeben. Wir haben unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die Pkw-Maut nicht gegen europäisches Recht verstößt und kein Inländer zusätzlich finanziell belastet wird. Außerdem sollten mit der Maut zusätzliche Einnahmen für den Erhalt und den Ausbau der Bundesfernstraßen eingenommen werden.

Zwei Drittel der Deutschen finden das EuGH-Urteil richtig, sagt eine aktuelle Umfrage (Das zeigt mal wieder, wie wenig repräsentativ Facebook-Kommentare sind). Eine Maut, die Ausländer belastet und Inländer nicht zur Kasse bittet, verträgt sich nicht mit dem europäischen Gedanken. Das sollte auch und gerade die CSU wissen, die mit ihrem Spitzenkandidaten Weber den Vorsitz der EU

Kommission anstrebt.

Verkehrsminister Scheuer muss sich diese Woche viele Fragen gefallen lassen, z.B. wie es sein kann, dass er bis jetzt und in Kenntnis des EuGH-Verfahrens über 53 Mio. Euro für die PKW-Maut ausgegeben und für die Erhebung der Pkw-Maut bereits Verträge mit Privat-Unternehmen geschlossen hat, die den Steuerzahler noch viel Geld kosten werden. Ich bin nicht grundsätzlich gegen eine Infrastrukturabgabe, wenn sie gerecht, transparent und einfach ist. Straßen und Brücken müssen in Stand gehalten werden. Dies über PPP-Modelle an private Investoren zu vergeben, halte ich für die schlechteste aller Lösungen. Privatisierungen öffentlicher Angelegenheiten haben uns in der Vergangenheit nicht weiter gebracht und werden das auch hier nicht tun.

Man darf gespannt sein, wie der Verkehrsminister sicherstellen will, dass für den Bundeshaushalt kein finanzieller Schaden in immenser Höhe entsteht - vor allem nachdem die CSU stets laut verkündet hatte, dass die PKW-Maut keine zusätzliche Belastung sein wird. Das Gegenteil ist der Fall!

5 JAHRE MINDESTLOHN — EINE ERFOLGSGESCHICHTE

Vor fünf Jahren hat der Deutsche Bundestag auf betreiben der SPD die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns beschlossen. Ich erinnere mich gerne an diese sehr arbeitsreiche Zeit zurück: Als Berichtserstatter der SPD-Bundestagsfraktion war ich unmittelbar bei den Verhandlungen dabei.

Bei einer Konferenz des DGB haben Vertreter der Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zoll, Arbeitsminister Hubertus Heil, Finanzminister Olaf Scholz und WissenschaftlerInnen über die Auswirkungen, Durchsetzung sowie die richtige Höhe gesprochen.

Das Fazit:

Der Mindestlohn hatte höchste Einkommenssteigerungen für die 10 % der niedrigsten Einkommen.

Die Kontrolle des MiLo ist das A&O. Aufzeichnungspflichtigen müssen am Arbeitsort hinterlegt werden. Ca. 2 Mio Menschen wird der MiLo vorenthalten. Und der MiLo muss auf über 12 Euro steigen.

Im Gespräch mit DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

STAATSANGEHÖRIGKEITSGESETZ

In dieser Woche haben wir im Bundestag eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen, mit der eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt wird.

Künftig können Deutsche mit einer weiteren Staatsangehörigkeit, die an Kampfhandlungen für eine Terrormiliz im Ausland teilgenommen haben, die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren.

Weitere Änderungen betreffen künftige Einbürgerungen. Als Voraussetzung für die Einbürgerung wird die gesicherte Feststellung von Identität und (bisheriger) Staatsangehörigkeit in den Gesetzestext aufgenommen. Ergänzend wird es eine Härtefallregelung für diejenigen geben, die nicht selber dafür verantwortlich sind, dass eine entsprechende Klärung nicht möglich ist.

Außerdem soll die Einbürgerung von Menschen in Vielehe künftig ausgeschlossen sein. An der Formulierung im Ge-

setz "Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse" gab es Kritik, der mit einer Ergänzung im Gesetz entsprochen wird. Hinter den Passus "deutsche Lebensverhältnisse" wird als sog. Regelbeispiel angefügt, dass die betreffende Person „insbesondere nicht gleichzeitig mit mehreren Ehegatten verheiratet ist“. Damit stellen wir als Gesetzgeber klar, dass die Einbürgerung nur aus Gründen verwehrt werden kann, die in Schwere oder Bedeutung der Vielehe entsprechen.

Viele wichtige Themen bedeuten lange Sitzungstage. Ab 1:59 Uhr debattierten wir die 3. Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes. Hier mit meinen Kollegen Angelika Glöckner und Ralf Kapschack.

GRUNDSTEUER

Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber verpflichtet, die Grundsteuer bis Jahresende neu zu regeln, weil viele Grundstücke zu hoch oder zu niedrig bewertet waren.

Die Bundesregierung hat sich auf einen Vorschlag geeinigt, der eine aufkommensneutrale Reform der Grundsteuer gewährleistet - auch wenn Veränderungen im Einzelfall nicht ausgeschlossen werden können. Der Vorschlag geht jetzt in das Parlamentarische Verfahren.

Die Grundsteuer ist eine Gemeindesteuer und eine Vermögenssteuer. Es ist wichtig, dass Städte und

Gemeinden auch nach der Reform eine solide finanzielle Basis für die Erfüllung ihrer Aufgaben haben. Das ist eine notwendige Grundvoraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Deutschland.

Der Bund wird künftig ausdrücklich die Gesetzgebungskompetenz für die Grundsteuer bekommen. Die Länder erhalten zwar das Recht, davon abzuweichen – aber nicht auf Kosten der anderen.

Die SPD hat in den Verhandlungen durchgesetzt, dass es im Länderfinanzausgleich bei einem gerechten Ausgleich bleibt, der nach dem Modell des Bundes berechnet wird. Die neue Grundsteuer soll ab Januar 2025 erstmalig erhoben werden.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

PFLEGE: GESETZ FÜR MEHR LOHN

Altenpflege ist ein harter, fordernder Job. Trotzdem wird nur jede fünfte Pflegekraft nach Tarif bezahlt. Das darf so nicht bleiben.

Deshalb hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil als Teil der "Konzertierten Aktion Pflege" ein Gesetz für bessere Löhne ins Kabinett eingebracht, das nun beschlossen wurde. Profitieren sollen sowohl Hilfs- als auch Fachkräfte - ohne Unterschiede zwischen Ost und West.

Vier von fünf Pflegekräften bekommen aktuell keinen Tariflohn.

Für einen bundesweiten Tarifvertrag in der Pflege!

Das Gesetz sieht zwei Wege vor, um zu besseren Löhnen zu kommen:

1. Ein bundesweiter Tarifvertrag. Mitte Juni gründete sich dafür ein neuer Arbeitgeberverband: die „Bundesvereinigung Arbeitgeber in der Pflegebranche“ (BVAP).
2. Höhere Pflegemindestlöhne: Für den Fall, dass ein Tarifvertrag nicht zustande kommt, soll eine Kommission bis Mai 2020 Vorschläge für höhere Pflege-Mindestlöhne machen.

Jetzt ist die Pflegebranche am Zug. Über ihre Vorschläge beraten wir im Herbst im Bundestag.

ANKÜNDIGUNG

Infoveranstaltung

„Richtig heizen mit Holz“

am

18. September 2019

18:00 Uhr

in der Sinngrundhalle

An der Aura 17A, 97775 Burgsinn

mit

Martin Bentele - Geschäftsführer Deutscher Energieholz- und Pellet-Verband e.V. (DEPV)

Christian Dinkel - Kaminkehrermeister und Energieberater HWK

Michael Schmitt - Kaminkehrermeister

Was gibt es gemütlicheres, als bei schmutzigem Wetter ein paar Stunden im warmen Zuhause vor dem Kaminofen zu verbringen und dem prasselnden Feuer zuzusehen? Keine Frage, das Heizen mit Holz liegt im Trend und hat bei uns im Spessart auch in Sachen Hauptwärmequelle einen traditionell hohen Stellenwert.

Doch spätestens ab 2024 gelten strengere Regeln für das Heizen mit Holz. Hintergrund: Holzfeuerstätten treiben den Feinstaubgehalt nachweislich in die Höhe.

Was ist also zu tun, wenn ich meinen Kamin weiterhin betreiben möchte?

**Informieren Sie sich und diskutieren Sie mit,
wenn es heißt**

„doudrü g'hört geredt“ mit MdB Bernd Rützel

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

JUGEND UND PARLAMENT

Das Planspiel „Jugend und Parlament“ des Deutschen Bundestages ist eine klasse Sache. Auf meine Einladung hin hat **Jan Knes-Wiersma** aus Burgsinn vier Tage lang daran teilgenommen.

Das Planspiel in Berlin bietet Jugendlichen aus ganz Deutschland die Möglichkeit, im Plenarsaal des Bundestages zu tagen und so die Arbeitsweise des Parlaments selbst zu erleben.

„Eine tolle Erfahrung“, zeigte sich Jan von dem Planspiel begeistert: „Am Originalschauplatz im Deutschen Bundestag miterleben, welchen Weg ein Gesetz nimmt, macht man nicht alle Tage. Man merkt, dass es gar nicht so einfach ist, bei vielen verschiedenen Positionen zu einem Kompromiss zu kommen, der Probleme auch löst.“

Während des Spiels schlüpfen Jugendliche in die Rolle fiktiver Abgeordneter, halten Fraktions- und Arbeitsgruppensitzungen ab, diskutieren im Plenum und in Ausschüssen und führen schließlich eine Plenardebatte. So wie in einem regulären Gesetzgebungsverfahren.

Viele weitere Informationen
finden Sie auf meiner Homepage
www.bernd-ruetzel.de

SPD ZELLINGEN: JÜRGEN KELLER SOLL BÜRGERMEISTER WERDEN

Ein „Bürgermeister für alle“ will **Jürgen Keller** in Zellingen sein. Wenn es einer kann, dann er - da bin ich mir sicher. Und so hat er sich auch bei der Nominierungsversammlung präsentiert: bodenständig, mit vielen Ideen und ausgestattet mit einer starken kommunikativen Ader.

Neben dem SPD-Kreisvorsitzenden in Main-Spessart Sven Gottschalk (Mitte) und Frammersbachs Bürgermeister Christian Holzemer (2.v.r.) gehörte ich zu den ersten Gratulanten nach der Nominierung von Jürgen Keller (rechts) zum Bürgermeisterkandidaten.

Jede Menge interessante Informationen zu unserem Zellinger Bürgermeisterkandidaten sind im Main-Post-Artikel zu lesen. Dazu ein Klick auf's Bild.

ZELLINGEN

SPD schickt Jürgen Keller in Bürgermeisterwahl

Der SPD-Ortsverein Zellingen nominierte Jürgen Keller einstimmig als Bürgermeisterkandidat. Bei der Präsentation (von links): Bürgermeister Christian Holzemer aus Frammersbach, Dieter Reuschlein, Sven Gottschalk, Jürgen Keller mit Ehefrau Doris Gerlich, Bundestagabgeordneter Ber... Foto: Jürgen Kamm

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

ÖFFENTLICHER VERKEHR IN MSP/MIL

In den Landkreisen Main-Spessart und Miltenberg ist der Öffentliche Verkehr im Schnitt ausreichend gut erreichbar, so das Ergebnis einer Untersuchung der **"Allianz pro Schiene"**.

Darin landet der Landkreis Miltenberg auf Rang 36, Main-Spessart auf Rang 42 (bei 97 Plätzen). Damit kann man einigermaßen zufrieden sein, auch wenn die Untersuchung keine Auskunft darüber gibt, ob die Haltestellen tatsächlich genutzt werden können und ob sie gut vernetzt sind.

Aber: Bayern landet im Ranking der Bundesländer nur auf dem vorletzten Platz. Hier muss dringend etwas getan werden, denn alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht auf eine Anbindung an den öffentlichen Verkehr.

Investitionen sind notwendig und der Ausbau des Angebots im Öffentlichen Verkehr. Dies kann beispielsweise durch die Reaktivierung vorhandener, aber stillgelegter Schieneninfrastruktur schnell und vergleichsweise kostengünstig bewerkstelligt werden. Und dafür setze ich mich ein, so zum Beispiel bei der Werntalbahn oder beim Stadtbahnhof Lohr.

Lesen Sie dazu auch den
Gastbeitrag von
MdL Volkmar Halbleib
auf Seite 13

Mit Mitgliedern der Lohrer SPD-Stadtratsfraktion besichtigte ich die Lage vor Ort (v.l.):

Stadtrat und SPD Kreisvorsitzender **Sven Gottschalk**, Stadträtin und Zweite Bürgermeisterin **Christine Kohnle-Weis**, Stadtrat und stellvertretender Betriebsratsvorsitzender Bosch Rexroth **Thomas Nischalke**, Stadträtin und Dritte Bürgermeisterin Ruth **Steger**, SPD-Fraktionsvorsitzender im Kreistag **Franz Wolf**, Fraktionsvorsitzende und Stadträtin **Ruth Emrich** (Bild: Steffen Kogler).

REAKTIVIERUNG DER BAHNSTRECKE LOHR BAHNHOF — INNENSTADT — INDUSTRIEGEBIET

Die Entwicklung des Lohrer Bahnhofs ist schon lange Thema in der Stadt.

Ein wichtiger Punkt blieb dabei lange nahezu unbeachtet: die Lage des Bahnhofes und ungünstige Anbindung an Altstadt und in Richtung Wombach liegender Einrichtungen.

Eine Lösung könnte die Reaktivierung der schon vorhandenen Gleisanlage, die derzeit nur von Güterverkehr genutzt wird, sein.

Die Bedeutung des Öffentlichen Verkehrs wird künftig noch zunehmen, u.a. wegen der demografischen Entwicklung, und damit auch die Vernetzung vorhandener und neuer Verkehrsstrukturen. Lohr könnte hierfür ein gutes Beispiel werden. Auch umweltpolitisch und im Hinblick auf die oft angesprochene Verkehrswende könnte mit der Reaktivierung ein wichtiges Signal gesendet werden. Deshalb unterstütze ich dieses Anliegen der SPD-Stadtratsfraktion gerne.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

FEIERLICHES GELÖBNIS IN KARLSTADT

Auf dem Karlstadter Marktplatz habe ich bei der Vereidigung von 50 zivilen MitarbeiterInnen des "Vereinte Nationen Ausbildungszentrums der Bundeswehr" die Gelöbnisansprache gehalten.

Ihren Dienst leisten sie in besonderen Bereichen: als Verwaltungsbeamte, Juristinnen, Sprachmittler, Techniker, in der Logistik oder als wirtschaftswissenschaftliche Mitarbeiterinnen.

Es ist gut, dass es sie gibt, denn das Bild vom "Bürger in Uniform" hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Zur Verteidigung der eigenen Grenzen sind Aufgaben zur Konfliktverhütung, -bewältigung und -nachsorge gekommen. Und hier spielen die zivilen Mitarbeiter eine wichtige Rolle.

Der Bundestag muss über jeden Auslandseinsatz der Bundeswehr, einer sog. Parlamentsarmee, entscheiden. Das ist eine schwere Entscheidung, bei der es um Menschenleben gehen kann. Den Soldatinnen und Soldaten danke ich dafür, dass sie sich für einen so besonderen Beruf entschieden haben.

KARSBACH: FEUERWEHRFEST MIT FAHRZEUGEINWEIHUNG

Allzeit gutes Gelingen an die Feuerwehr Karsbach bei Brandbekämpfung, -schutz, Rettung und Bergung mit dem neuen Löschfahrzeug LF20 KAT S.

Ich war gerne bei der Einweihung dabei, um die Arbeit der rund 150 Feuerwehrfrauen und -männer, die in vier Ortswehren im Einsatz sind, zu würdigen. Es ist beeindruckend zu sehen, was hier und in den vielen Feuerwehren landauf, landab freiwillig geleistet wird, und auch, dass der Nachwuchs durch eine hervorragende Jugendarbeit und enge Zusammenarbeit in der Ausbildung gesichert ist.

Herzlichen Dank an alle Engagierten!

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

IM GESPRÄCH MIT BETRIEBSRÄTEN

Der Austausch mit Betriebsräten ist mir sehr wichtig. Sie wissen am Besten, wie die Lage ihrer Kolleginnen und Kollegen im Unternehmen oder Betrieb ist und wo Handlungsbedarf besteht.

So war ich zuletzt auf Einladung des Betriebsrättestammtisches in Königsberg im Landkreis Haßberge (Bild links) und in Miltenberg im Gespräch mit der SPD-Kreisvorsitzenden **Helga Raab-Wasse** und Betriebsrat **Karl-Heinz Muth** aus Mömlingen.

MÜHLTORSTRAßE GEMÜNDEN: TEMPOLIMIT JETZT!

"Runter vom Gas!" muss es an der engen Einfahrt in die Mühltorstraße in Gemünden heißen.

Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Stadtratsfraktion habe ich die Situation vor Ort begutachtet: Eine verengte Fahrbahn und ein teilweise nur einseitig vorhandener Gehweg mit

nur 40 cm Breite stellen eine enorme Gefahrenquelle dar (siehe Bild).

Wir sagen: Es darf nicht erst etwas passieren bis gehandelt wird. Deshalb haben wir einen Antrag auf Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h eingereicht und setzen auf einen entsprechenden Stadtratsbeschluss, um das Landratsamt zu überzeugen.

Zu einem ausführlichen Bericht: [Klick auf das Bild.](#)

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG „MACHT DER GEFÜHLE“

Ich finde es wichtig, gefühlte Wahrheiten, die gerade von Radikalen verbreitet werden, zu hinterfragen.

Hier setzt die Ausstellung „Macht der Gefühle, Deutschland 19/19“ an, die ich in der Staatlichen Realschule Gemünden eröffnet habe.

Auf zwanzig Plakaten verdeutlicht die Schau die politische und gesellschaftliche Wirkungsmacht von Angst, Hoffnung, Liebe oder Wut anhand passender Fotos aus den vergangenen einhundert Jahren deutscher Geschichte.

Ausführliche Berichte
finden Sie auf meiner Homepage
www.bernd-ruetzel.de

BIENENLEBEN UND IMKEREI ERLEBT

Sie sind klein, leisten aber Großes – die Bienen. Für mich war das unlängst Anlass genug, das diesjährige Motto „Klein, aber oho“ des Aktionstages der Bundesstiftung „Tag der kleinen Forscher“ ganz den kleinen Insekten zu widmen.

Und so besuchten auf meine Einladung hin die Sechstklässler der **Singgrund-Mittelschule Burgsinn** mit ihrer **Klassenlehrerin Fiona Wehner** das Burgsinner Lehrbienenhaus von **Imkerin Gabi Bechold**. Begleitet wurden wir von **Imker Horst Brenner**, dem Vorsitzenden des Imkervereins Fellen, **Heinz Braun** und dem Dritten Bürgermeister von Burgsinn **Christian Gutermuth**.

Dabei erfuhren wir alles wichtige rund um die kleinen Insekten: Von der wichtigsten Aufgabe der Bienen und Insekten über die nötigen Schritte bis zur Honigernte und was man zu ihrem Schutz tun kann.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

SCHIRMHERR BEIM MUSIKFEST IN RIENECK

In Rieneck bin ich geboren und groß geworden. Schön, dass ich Schirmherr beim Jubiläumsfest der Rienecker Musikanten und des Musikvereins sein durfte.

Vier Feier-Tage mit Festzug, Standkonzerten, Sternmarsch, Kirchenparade, Festgottesdienst, musikalischem Frühschoppen und ausgelassener Stimmung waren ein tolles Erlebnis.

EINWEIHUNG DES EHRENMALS FÜR JOHANN MICHAEL HERBERICH

Eine besondere Ehre war es bei der Enthüllung des Gedenksteins an Johann Michael Herberich in der gleichnamigen Allee in Gemünden dabei zu sein und dort auf seine Ururenkelin zu treffen.

Er war nicht nur der Gründer der ersten Behinderteneinrichtung in Unterfranken - des St. Josefshauses - im Jahr 1882. Vielmehr gilt er als Pionier der Inklusion.

Ein ausführlicher Bericht war in der Mainpost. Dazu Klick auf's Bild.

140 JAHRE FEUERWEHR OBERSINN

Drei Tage war Obersinn in Feierlaune, aus gutem Grund: Die örtliche Freiwillige Feuerwehr feierte ihr 140-jähriges Bestehen und kann dabei auf eine ereignisreiche Historie zurückblicken (siehe Mainpost-Artikel; dazu Klick auf's Bild).

Klar, dass ich zu Ehren der Obersinner Floriansjünger am Festzug teilgenommen habe.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

FABIANS POST AUS DEN USA

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Fabian Haas aus Neunkirchen-Richelbach, Lkr. Miltenberg. Hier sein aktueller Bericht:

Mein letzter Monat hier in den USA hat nach der letzten Schulwoche, in der ich unter anderem Prüfungen hatte, damit begonnen, dass ich meine Gastfamilie gewechselt habe. Meine erste Gastfamilie hat sich dazu entschieden, nach Austin zu ziehen, wobei mein

Spaß beim Campen mit weiteren ASF-Austauschschülern

Ansprechpartner meiner Organisation AFS sich dazu entschieden hat, mich für die letzte Zeit bei ihm aufzunehmen. Dadurch, dass ich ihn und seine Familie schon kannte, fiel mir die Umstellung nicht schwer.

Ende Mai hatte ich außerdem meine letzte Orientierung mit AFS. Wir sind campen gegangen und wurden auf das nach Hause-kommen vorbereitet: Welche Herausforderungen erwarten uns dort eventuell und wie können wir mit diesen umgehen. Es hat großen

Spaß gemacht, Zeit mit den anderen Austauschschülern zu verbringen.

So sehr ich die letzten Wochen hier auch genieße, freue ich mich dennoch darauf, bald wieder nach Hause zu kommen, und wieder Zeit mit meiner Familie und meinen Freunden zu verbringen.

My last month here in the US started with my last week of school, when I had finals. I also had to change host families since my first host family decided to move to Austin. My liaison of my exchange organisation AFS decided to host me for the last time, so it wasn't too hard for me to get used to the new environment, since I already knew him and his family.

In May I also had my last AFS orientation, where we also took the picture. We went camping, and they prepared us for going home, and the challenges that could expect us in our home country, and how we handle them. It was a lot of fun to spend time with all the other exchange students. I use my summer

break to mainly spend time with my friends and my host family. My friends organise 'pool parties' or 'graduation parties' to celebrate that they are done with school. Last week I went to Austin with a friend, where we had lunch, and she showed me the city and we did some sight seeing as well.

Even though I enjoy my last weeks here in Texas, I am looking forward to going home, and spending time with all my family and friends again.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs

Martina Fehlner

Forstpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost, Main-Spessart und Miltenberg

Staatsregierung muss Umwandlung der bayerischen Wälder für den Klimaschutz weiter voranbringen

Liebe Leserinnen und Leser,

bis ins Mittelalter war Bayern fast komplett von Wäldern bedeckt. Heute macht der Wald nur noch ein Drittel der Landesfläche aus. Und doch ist seine Bedeutung für Mensch und Tier unermesslich. So ist der Wald ein einzigartiger Erholungsraum: Ob zum Wandern, Radeln, oder einfach für einen Sonntagsspaziergang mit der Familie. Ein Aufenthalt im Wald tut uns allen gut. Und nicht umsonst kommen jedes Jahr Hunderttausende Urlaubsgäste zu uns in den wunderschönen Spessart, Deutschlands größtem Mischwaldgebiet, um der Natur nah zu sein.

Gerade für strukturschwache Regionen sind erlebbare Wälder ein touristisches Pfund – und damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Großes ökonomisches Gewicht hat der Wald aber auch als Rohstofflieferant: Von der Holzwirtschaft hängen viele Arbeitsplätze ab, und es sollte in unserem gesellschaftlichen Interesse sein, die nachhaltige Produktion und Verarbeitung heimischer Hölzer zu fördern.

Der Wald ist aber noch viel mehr: nämlich ein einzigartiger Lebensraum für unzählige Tier- und Pflanzenarten. Viele bedrohte Arten finden in dem komplexen

und gleichzeitig empfindlichen Ökosystem ein Refugium. Wollen wir die Artenvielfalt in Bayern erhalten, müssen wir mehr Waldflächen unter Schutz stellen, Biotope, Naturwälder und Nationalparks besser miteinander vernetzen und bayernweit Korridore schaffen, die den Austausch von Arten ermöglichen.

In Zeiten des Klimawandels kommt dem Wald zudem eine zentrale Bedeutung als CO₂-Speicher zu. Doch ist es eben dieser der Klimawandel, der unserem Wald zu schaffen macht: Die Fichte, die rund 40 Prozent des Baumbestandes ausmacht, kommt mit der zunehmenden Trockenheit nur schlecht zu Recht. Andere Baumarten wie Tannen oder Buchen können das besser. Deshalb ist es jetzt wichtig, den Wald fit zu machen für die veränderten klimatischen Bedingungen. Wir müssen den Waldumbau – weg von den Fichten-Monokulturen hin zu widerstandsfähigeren Mischwäldern – viel schneller vorantreiben. Insbesondere vom Freistaat, dem rund ein Drittel der Flächen gehört, erwarten wir in dieser Hinsicht mehr Anstrengungen.

Auf ein großes Problem beim Waldumbau weist übrigens das aktuelle Waldgutachten hin: So hat der Wildverbiss in den vergangenen drei Jahren weiter zugenommen. Soll der Waldumbau gelingen, brauchen wir dafür jetzt Lösungen.

Als Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, aber auch als Mitglied im Beirat der Bayerischen Staatsforsten setze ich mich für einen besseren Schutz und die nachhaltige Nutzung unserer einzigartigen Bayerischen Wälder ein. Sie sind ein Herzstück von Bayern.

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL

Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg

Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604

buergerbuero@martina-fehlner.de

Waldbegehung im Gemeindewald Großostheim, u.a. mit Ludwig Angerer, Leiter des Amts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Karlstadt (3.v.l.).

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs

Volkmar Halbleib

Parlamentarischer Geschäftsführer
der SPD-Landtagsfraktion

Stellv. Vorsitzender der SPD-
Landtagsfraktion

Kulturpolitischer Sprecher der SPD-
Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis
Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge,
Kitzingen, Rhön-Grabfeld

ÖPNV in der Region verbessern – Bahnstrecken reaktivieren, Verkehrswende voranbringen

Liebe Leserinnen und Leser,

Für Bürger und Umwelt wichtig sind zukunftsfähige Mobilitätskonzepte.

Eine wichtige Rolle dabei muss die Reaktivierung von Bahnstrecken spielen, angepasst an moderne Bedürfnisse und Möglichkeiten, egal ob an der Mainschleife, im Werntal oder im Steigerwald.

Dass sich Beharrlichkeit und regionaler Schulterschluss lohnen, zeigt sich am Beispiel Mainschleifenbahn. Die von uns gewünschte Bahnstrecke von Volkach nach Würzburg verkürzt Fahrzeiten für Pendler in Richtung Stadt massiv, bei gleichzeitiger Reduzierung von Feinstaub- und CO₂-Belastung. Die SPD wurde in den Landkreisen Würzburg, Kitzingen und Schweinfurt nicht müde, das zu wiederholen: Für eine echte Verkehrswende brauchen wir ein Reaktivieren

von Bahnlinien im ländlichen Raum.

Ähnlich stellt sich die Lage bei der Steigerwaldbahn dar. Verkauft und zerschlagen sind Bahnlinien schnell – und damit viel Potential unüberlegt vergeben. Die BayernSPD-Landtagsfraktion forderte daher den geplanten Verkauf aufzuschieben. Dass vielerorts Bahnstrecken im Dornröschenschlaf liegen oder bald nicht mehr befahren werden sollen, ist kontraproduktiv. Besser wäre es, auch andere reaktivierbare Bahnstrecken zu retten – beispielsweise die Werntalbahn wieder für den Personenverkehr zu nutzen. Staatsregierung und Bahn müssen jedenfalls aufhören, Fakten zu schaffen, ohne den Landtag einzubinden.

Daneben wollen wir den Bus als öffentliches Verkehrsmittel stärken. Daher drängen wir auf erweiterte Verkehrsverbünde. In der heutigen Zeit kann man niemand erklären, warum man für wenige Kilometer durch zwei verschiedene Ticketbereiche fährt, zweimal zur Kasse gebeten wird, und obendrein schlecht

aufeinander abgestimmte Fahrlinien vorfindet. Wir müssen ÖPNV und Mobilität in größeren Strukturen denken!

Von der bayerischen Staatsregierung erwarte ich hier mehr Unterstützung von Kommunen, finanziell

wie konzeptionell. Schlüssige und moderne Gesamtkonzepte entlasten Städte und Gemeinden, Ortskerne gewinnen an Attraktivität, Leerstand und Baulücken verschwinden, dringend notwendiger Wohnraum entsteht und der Flächenverbrauch sinkt, kurz: Zukunft beginnt.

Ihr/Euer Volkmar Halbleib, MdL

Ortstermin mit Vertretern der Initiative für den Erhalt der Steigerwaldbahn

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buengerbuero-halbleib@t-online.de